

In der Amtszeit von US-Präsident Clinton unterstützten die USA massiv den "Plan Colombia", ein wesentlich militärisches Programm zur effektiveren Bekämpfung der Guerrilla, ergänzt durch soziale und wirtschaftliche Fördermaßnahmen.

In einem Leitartikel fordert EL ESPECTADOR am 5.2.2014 einen neuen, friedlichen "Plan Colombia" für die Zeit nach dem Konflikt:

Der Plan Colombia für den Frieden

Auch wenn es übereilt erscheinen mag, schon jetzt das Thema der Nachkonfliktzeit aufzugreifen, ohne dass der Frieden mit der Guerrilla schon geschlossen ist, so laden die Fortschritte in Havanna doch zur Formulierung von Optionen dazu ein.

Daher wäre der Vorschlag eines Plan Colombia II, abzielend auf soziale Maßnahmen und Entwicklungsprogramme in den von der Gewalt besonders mitgenommenen Zonen, höchst willkommen.

Wir veröffentlichten bereits die Idee von Senatspräsident Juan Fernando Cristo, die dieser bei einem kürzlichen Besuch in Washington vortrug. Danach ist es "von grundsätzlicher Bedeutung, dass, sobald ein Friedensvertrag unterzeichnet ist, der kolumbianische Staat, unterstützt durch die international Gemeinschaft, mittels einer vorher entwickelten Strategie in den Zonen Präsenz zeigt, die traditionell Konfliktzonen waren und in denen illegale Aktivitäten wie z.B. der Cocaaubau stattfinden". Laut veröffentlichten Ziffern haben die USA fast 7,5 Mrd US\$ für den Kampf gegen bewaffnete Gruppen und den Drogenhandel zur Verfügung gestellt, seit der Plan im Jahr 2000 begann. Auch wenn ein Teil dieser Mittel vor allem in den letzten Jahren in soziale Maßnahmen floss, diente der weitaus größte Teil militärischen Zwecken.

Demnach sucht Cristos Vorschlag bei der Regierung Obama und anderen Regierungen nach einem namhaften Beitrag als Bürgschaft für den Frieden in Kolumbien, sobald die Vereinbarungen mit FARC und ELN unterzeichnet sein werden. Obwohl die Idee als solche simpel und allgemein verständlich erscheint, dürfte ihre Verwirklichung nicht notwendigerweise einfach sein., vor allem im Hinblick auf die Gewährung entsprechender Mittel. Seit die Wirtschaftskrise begann, die noch nicht überwunden ist, finden in Washington drastische Kürzungen der Mittel für Maßnahmen im Inneren der USA statt. Daher ist es nicht sicher, ob der US-Kongress ein großes Hilfspaket zur Wirtschaftshilfe für Kolumbien verabschieden wird.

Bei der Veranstaltung in Washington, an der Senator Cristo teilnahm, äußerte sich auch Pater Francisco de Roux, Präses der Jesuiten in Kolumbien. Er sprach von dem erfolgreichen "Laboratorium des Friedens" in der Region Mittlerer Magdalena-Fluss. Dort erreichte man mit einem Bruchteil der Ressourcen des "Plan Colombia" die Befriedung dieser von Gewalt gezeißelten Region. Wie ging das? Arbeit und permanenter Dialog mit der Bevölkerung ohne Ausnahmen, z.B. der großen in der Region ansässigen Unternehmen (Region ist Sitz der kol. statl. Ölgesellschaft, A.d.Ü.), regionale Entwicklung aufbauend auf Ausbildung und Organisation der Einwohner, Schutz der Umwelt und die Botschaft, dass "nachhaltige und beruhigende Sicherheit nicht auf Waffen beruht, sondern im `Sozialkapital`, das sich bildet durch Vertrauen, das man sich gegenseitig darbringt, wenn man sich in die Augen sieht, einander Glauben schenken, zuhören und die unterschiedlichen Standpunkte debattieren..."

Das Gesagte, das einigen als idyllischer Katalog guter Wünsche vorkommen mag, hat erwiesenermaßen am Mittleren Magdalena funktioniert. Das heißt, dass in Zukunft, falls ein bedeutender internationaler Beitrag geleistet werden sollte, und zwar nicht wieder für den Krieg,

sondern für den Frieden, existiert als Beispiel ein bereits bearbeitetes Feld, auf dem man nicht allein Hoffnung, sondern integrierte Entwicklung aussäen könnte. Natürlich darf man nicht blauäugig sein und glauben, es genügen der gute Wille und ein paar Finanzmittel, um die Probleme hinter sich zu lassen. Vor allem auch nicht wegen der Dimension der Opfer in den vergangenen 50 Jahren. Allein die Inkraftsetzung des Gesetzes über Entschädigung und Restitution von Landbesitz ruft Morde hervor an denen, die es wagen, das einzufordern, das ihnen gehört.

Wie Präsident Santos es ausdrückte, als er von der Wiederkehr der Angriffe auf kleine Landbesitzer sprach: Im Land agieren nach wie vor "dunkle Mächte", die keinen Frieden wollen. Just bei diesem Thema der Gerechtigkeit und Institutionalität muss der Staat eine große Anstrengung unternehmen, um die Strukturen jener zu zerstören, die daran interessiert sind, dass der Frieden scheitert oder dass er nicht nachhaltig ist, falls er zustandekommt.